



WIDERSTAND GEGEN TTIP UND CETA!

Chlorhühnchen, Fracking zur Erdölförderung, eine Welle genmanipulierter Lebensmittel gehen durch die Medien und werden mit den Begriffen TTIP(EU – USA) und CETA(EU – Kanada) verbunden. Eine transatlantische Wirtschaftsbrücke ohne Zölle und andere Schranken für den größten Wirtschaftsraum der Erde soll entstehen. Die EU-Kommission, die Konzernbosse mit ihren Erfüllungsgehilfen in den Regierungen plustern eine Blase von hunderttausenden neuen Arbeitsplätzen auf. Wer´s glaubt wird selig.

Die antidemokratische asoziale Jaulache, die hier angerührt wird, stinkt zum Himmel. Dabei sind die Handelsbarrieren das sicher kleinste Problem. In den Ländern der EU über 150 Jahre erkämpfte soziale Rechte und Umweltstandards werden auf´s Korn genommen, Arbeitnehmerrechte und die demokratische Kontrolle durch die Parlamente werden ausgehebelt. Rechte und Schutznormen in nahezu allen

Bereichen wie der öffentlichen Daseinsvorsorge, Daten-, Verbraucher-, Umweltschutz, Sozial- und Lebensmittelstandards sowie die Rechtstaatlichkeit stehen auf dem Spiel.

Für die Gesamtrichtung stehen die „Investorenschutzrechte“, die in die „Freihandelsverträge“ hinein verhandelt werden. Im Klartext: Schutzrechte für die Großkonzerne, ihre Interessen hinter dem Rücken und gegen die Staaten durchsetzen zu können. Abseits der Parlamente, abseits der EU-weiten und nationalen Gesetze erhalten „Schiedsgremien“ das Sagen und Entscheiden. Endlich weg mit dem Primat der Politik (wenn es das je gegeben hat in diesem Land)! Weg mit demokratischer Kontrolle! Her mit Rendite, her mit Maximalprofit!

Widerstand dagegen formiert sich in zahlreichen Ländern der EU, auch in Kanada, wo mit CETA die Blaupause für den „großen Wurf“ mit den USA

vorbereitet wird. Der Bundes-Gauck hat sich dafür gerade vollmundig stark gemacht. Und Schröder II. namens Gabriel: „Es ist völlig klar, dass wir die Investorenschutzregeln ablehnen“. So hat er die SPD-Linken ruhig gestellt. Und im Bundestag lässt er einen Antrag der Linksfraktion genau in diese Richtung brüsk als „Kasperletheater“ ablehnen. Also: Nichts Neues aus der SPD-Zentrale. Aber am Widerstand werden sie nicht vorbei kommen. Auch wenn die EU-Kommission eine europaweite Bürgerinitiative als rechtswidrig ablehnt. Parteien, Gewerkschaften, Netzwerke wie Campact und attac und andere Nichtregierungsorganisationen organisieren Protest und Widerstand.

Der 11. Oktober soll dafür ein besonderer Tag werden. Auch im Vogtland!

No pasaran TTIP und CETA!

Klaus Jäger Plauen

aus dem	Stadt Plauen: Keine Geschäfte mit Rechten.....	S. 2
Inhalt:	Lucas Jakubczyk lässt sich nicht kaufen.....	S. 4
	Im letzten Jahr der DDR.....	S. 5
	Wird Sachsen eine Atomschutt-Deponie?.....	S. 8

DIE LINKE.

KEIN GESCHÄFT MIT RECHTEN ORGANISATIONEN



© akxel / pixelio.de

Im Rahmen der diesjährigen Landtagswahl verkaufte das Einwohnermeldeamt der Stadt Plauen Daten seiner Bevölkerung an die NPD.

Es handelte sich dabei um Jung- und Erstwähler, die zur Zielgruppe der rechten Partei gehören. Dies führte zu viel Aufregung bei den vom Verkauf betroffenen Menschen, von denen sich einige an mich als Stadtrat wendeten. Ich nahm die Sache als bekennender Antifaschist ernst und machte direkt nach meiner Vereidigung am 26.08. eine Schnellanfrage an den Oberbürgermeister.

Bei dieser kam heraus, dass auch im Jahre 2013 die vogtländische CDU Datensätze bei Einwohnermeldeamt kaufte. Dies kritisiere ich genauso. Durch die erworbenen Einwohnerdaten nahm Plauen 482,40 Euro ein. Die Stadt erklärte, dass ein Verkauf von personenbezogener Daten laut §33 Sächsisches Meldegesetz erlaubt ist, aber die Stadt nicht dazu verpflichtet ist. Die einzige Möglichkeit den Verkauf seiner Daten zu verhindern, ist einen Sperrvermerk beim Einwohnermeldeamt zu machen. Es ist aber nicht nachvollziehbar als Plauenerin oder Plauener, ob dieses Verbot der Herausgabe seiner Datensätze existiert oder nicht.

Aus diesem Grund hat die Stadtratsfraktion DIE LINKE einen Antrag eingereicht, nachdem in Zukunft jeder automatisch diesen Sperrvermerk auf Herausgabe seiner Daten hat. Wenn man möchte, dass seine personenbezogenen Informationen an Dritte verkauft werden dürfen, muss man explizit zustimmen. Unser Antrag geht jetzt durch den Verwaltungsausschuss und wird höchstwahrscheinlich am 21.10. im Stadtrat behandelt.

André Hegel - Stadtrat Plauen

WAHLAUSWERTUNG DES LANDESVERBANDES

In den letzten Monaten haben wir als Partei in den Wahlkämpfen alles gegeben. Selten waren die Wahlkämpfe so gut organisiert wie in den letzten beiden Jahren. Umso spannender war er, dieser eine Moment am Wahlabend 18:00 Uhr, als die ersten Hochrechnungen auf den Bildschirmen erschienen. Schon vor dem Wahlabend hatten wir uns aus dem Umfragetief von August 2013 herausgearbeitet, wo wir noch bei 13 bis 14 Prozent gesehen worden waren.

Doch wie ist die Wahl jetzt zu bewerten? Jetzt wo alle Zahlen vom Statistischen Landesamt vorliegen. Wie groß war unser Anteil am „die CDU in die Knie zwingen“? Warum haben wir nicht von den Verlusten der Regierung profitiert? Konnten wir unsere Stammwählerinnen und Stammwähler mobilisieren? Diese und viele andere Fragen müssen wir als Landespartei klären, um die Partei für die Zukunft gut aufzustellen. Wir müssen mitein-

ander diskutieren, was funktioniert hat - organisatorisch und strategisch - und unsere Schwächen klar benennen und Lösungen entwickeln. Dabei müssen wir aber von Schuldzuweisungen absehen. Nur so können wir offen, kritisch, zukunftsorientiert und erfolgreich Wege finden. Der Landesverband möchte so viele Genossinnen und Genossen wie möglich an der Auswertung beteiligen. Dazu werden in einem ersten Schritt drei Regionalkonferenzen durchgeführt. Danach soll - wie schon beim Parteiprogramm - in den Ortsverbänden diskutiert werden. Bitte beteiligt euch an den Regionalkonferenzen am:

- Dienstag, 7. Oktober, in Chemnitz
- Mittwoch, 8. Oktober, in Dresden
- Donnerstag, 9. Oktober, Leipzig

Genauere Informationen findet Ihr in unserer Landeszeitung.

Lars Legath - Plauen



AUF DIE PANZER, FERTIG ,LOS!

Deutscher Kriegseinsätze im Ausland

Ohne große Mühe vollbracht: Die deutsche Herrschaftsgarde da im Kabinett und Parlament haben erwartungsgemäß der Verlängerung des deutschen Kosovo-Einsatzes zugestimmt. Kosovo - Sie erinnern sich: Völkerrechtlich ein Teil Serbiens - ohne Rücksicht darauf mit westlicher, vor allem deutscher Hilfe von diesem abgespalten. Nachdem man zuvor allen voran „erfolgreich“ an der Demontage des Balkan-Vielvölkerstaates mitgewirkt hatte. Was ja so ganz im Sinne wäre unseres Polit-Gauck`lers vom Schloss Bellevue wie auch Verteidigungsministerin von der Leyen: mehr militärisches Engagement, was heißt: Kriegseinsätze in aller Welt.

Über 10.000 Soldaten sind es inzwischen, die solche absolvieren in Euro-

pa, Asien und Afrika. Mehr als 50 davon bereits gefallen in fernen Ländern. Und es wird wohl, so ist zu befürchten, nicht dabei bleiben. Ob unsere „Staatsbürger in Uniform“ nunmehr von den großzügigen familienfreundlichen Regelungen unserer „Flinten-Uschi“ Gebrauch machen? So eine Art Teilzeitsoldat - Schießen und Töten nur bis 14 Uhr erlaubt - ihre Kinder mitnehmen dürfen bei der „Friedensmission“. Man weiß es nicht. Eines aber wissen wir: Wenn Mütter wieder ihre gefallenen Söhne beweinen müssen, dann werden jene unserer siebenfachen „Mutter der Kasernen“ nicht dazu gehören.

Nicht Kitas in Kasernen - Kindergärten statt Kasernen. Das wär´s doch! In Kiew übrigens, da haben Mütter ih-

re Söhne nicht in den Krieg ziehen lassen. Blockierten Tag und Nacht die Kasernen, um den Einsatz im Donbass zu verhindern. Damit sie nicht auf die eigenen Landsleute schießen.

Nun ist dies durchaus keine ukrainische Erfindung. Bereits Erich Kästner hoffte: „Und als der nächste Krieg begann, da sagten die Frauen: Nein! und schlossen Bruder, Sohn und Mann fest in die Wohnung ein.“

Und so wünschte ich mir statt neuer deutscher Großmannssucht lieber ein „Deutschland, Deutschland unter anderen“!

Jürgen Böhm - Schöneck

INVESTITIONEN SINKEN - KEIN WUNDER!

Es stimmt ja: Investitionen sind enorm wichtig. Nur wenn investiert wird, können neue Jobs, Einkommen und Wohlstand entstehen und auch die Schulden bedient werden. Daher rollt die Politik seit Jahren den Investoren den roten Teppich aus. Zum Beispiel wird an den Staatsausgaben gespart. Denn das soll laut herrschender ökonomischer Irrlehre die Investitionstätigkeit anregen, weil die Investoren dann keine höheren Abgaben in der Zukunft fürchten.

Zudem wurden die Gewerkschaften geschwächt und damit die Lohnentwicklung ausgebremst, der Arbeitsmarkt flexibilisiert, die Arbeitslosen werden gepiesackt. Mit Erfolg: In Deutschland ist ein riesiger Niedriglohnsektor entstanden. Die Logik dieser Strategie: Wenn man nur die Kosten für Unternehmen senkt, dann verdienen sie viel und investieren viel. Der Schönheitsfehler an dieser Strategie: Sie funktioniert nicht.

1970 betrug der Anteil der Investitionen an der Wirtschaftsleistung - die Investitionsquote - noch mehr als 28 Prozent, Anfang der neunziger immer noch 23 Prozent. Inzwischen liegt die Investitionsquote nur noch bei knapp 17 Prozent.

Noch deutlicher wird die Absurdität der herrschenden Lehre und Wirtschaftspolitik, wenn man die Netto-Investitionen in Bezug zu den Gewinneinkommen der Unternehmer setzt. Hier zeigt sich: 1991 investierte das Kapital noch rund 40 Prozent seines Einkommens in die Realwirtschaft. 2012 waren es nur noch zehn und letztes Jahr nur noch neun Prozent! Gewinn bzw. Profitförderung bringt für die Investitionen und letztlich für die Arbeitsplätze kaum noch etwas. Gerade einmal ein Zehntel ihrer Profite stecken die Unternehmer in die Erweiterungen der Betriebe.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat die deutschen Investitionen mit denen im Euro-Raum verglichen und kommt auf eine addierte Investitionslücke hierzulande von rund einer Billion Euro seit 1999.

Jetzt macht selbst die EU Druck: „Das niedrige Investitionsniveau wird in Deutschland zunehmend als Problem erkannt“, sagte Währungskommissar Olli Rehn. Und auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gibt zu, dass eine Investitionsquote von 17 Prozent der Wirtschaftsleistung zu niedrig ist angesichts eines Durchschnitts in der OECD von 20 Prozent.

Warum aber wird immer weniger investiert, obwohl Geld da ist und die Zinsen niedrig liegen? Es fehlt an Nachfrage. Wenn Beschäftigte und Staat auf Kürzungs-Diät gesetzt werden, dann sind die Absatzaussichten mau, und dann kaufen Firmen keine neue Anlagen und Maschinen. Zwar wird viel vom deutschen „Job-Wunder“ und wieder steigenden Einkommen erzählt. Fakt ist: Der durchschnittliche Reallohn eines Beschäftigten liegt heute immer noch um 3,7 Prozent niedriger als im Jahr 2000. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen dagegen haben trotz Finanzkrise um mehr als 60 Prozent zugelegt!

„Wichtig ist vor allem eine weitere Belebung der privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit“, sagt zwar Gabriel. Dazu brauchen die Menschen aber mehr in der Tasche. Die Löhne müssen auf Jahre hinaus um vier bis fünf Prozent steigen. Deshalb muss die Kampfkraft der Gewerkschaften wieder gestärkt werden.

MdB Michael Schlecht - Stuttgart

SPRINTSTAR LUCAS JAKUBCZYK LÄSST SICH NICHT KAUFEN

Schon als kleiner Bub erlernte Lucas Jakubczyk unter der Anleitung des verdienten und anerkannten Sportlehrers und ehemaligen Direktor der Syrauer polytechnischen Oberschule die Grundlagen der Leichtathletik. Wie so hunderte Schuldirektoren und weitere anerkannte und beliebte Pädagogen musste der Syrauer Sportlehrer nach der Wende wegen angeblicher Staatsnähe auf Befehl der neuen Machthaber gehen.

Trotzdem trainierte und formte er seine Leichtathletikbuben weiter. Aus seinem ehemaligen Schüler Lucas ist heute der beste 100-m-Sprinter Deutschland (10,05 s) geworden.

Die Organisatoren des Leichtathletik-Meetings in Zürich haben entgegen anders lautender Beteuerungen für ihre Veranstaltung am Donnerstag mit Tyson Gay, Mike Rodgers (beide USA) und Asafa Powell (Jamaika) drei überführte Dopingsünder für den 100-Meter-Sprint verpflichtet. Nach der Absage von Superstar Usain Bolt fehlte den Organisatoren eine Zugnummer, die Zuschauer und viel Geld bringen soll. Hier zeigt sich wieder mal, wenn's ums Geld geht, bleibt der sportliche Geist und die Moral heutzutage auf der Strecke.

Lucas Jakubczyk lässt sich nicht mit einem so fragwürdigen Vorgehen kaufen. Er wird daher seine 1.000 Dollar Startgeld plus seiner erlaufenen Platzierungsprämie an die Leichtathletikabteilung seines Heimatvereins Syrau spenden. Es ist gut zu wissen, dass es noch Leistungssportler gibt denen Ehre, Moral und Gewissen wichtiger sind als die Gier nach Geld in der heutigen Zeit.

Dieter Riedler - Leubnitz



DAS SCHWEIGEN GEBROCHEN!

Rassistische Übergriffe und Demonstration gegen Rassismus

Während des „Plauener Herbstes“ kam es zu zwei rassistisch motivierten Übergriffen. Bereits zwei Tage danach demonstrierten etwa 70 Menschen in Plauen gegen „jeden Rassismus“. Das Ziel der Demonstranten war schon im Aktionstitel klar. „Break the Silence* – Gegen jeden Rassismus“ war auf dem Fronttransparent zu lesen. Das Ziel, das Schweigen über die Vorfälle zu brechen, die Bevölkerung über die Ereignisse aufzuklären, hatte die Demonstration bereits mit der Anmeldung erfüllt. Immerhin wurde selbst die Polizei erst durch die Anmeldung auf die Übergriffe aufmerksam.

Dieser Umstand rief die CDU-Vertreter in diversen Sitzungen auf den Plan, die Demonstranten als Lügner zu bezeichnen. Immerhin wüssten die Ermittlungsbehörden nichts von den Übergriffen.

Zu diesem Umstand sei auch an dieser Stelle bemerkt: Es gibt für Menschen, gerade bei den sächsischen Verhältnissen, immer wieder Gründe, die Polizei nicht einzuschalten um ihr eigenes Leben, ihre eigene Freiheit zu schützen.

Jedoch eines ist nach dieser Demonstration wichtig. Die Organisatorinnen und Organisatoren haben es innerhalb von 24 Stunden geschafft, eine große Anzahl an Menschen zusammenzutrommeln, um mit ihnen gegen jeden Rassismus zu demonstrieren und auf ein Problem aufmerksam zu machen.

Danke dafür!

Lars Legath

* „Brich das Schweigen!“

DER STADTVOR- STAND PLAUE INFORMIERT:

Die Öffnungszeiten der Geschäftsstelle in Plauen (Bahnhofstraße 49) ist für Mitglieder, Sympathisanten und interessierte Bürger: ab 1. November 2014 immer Mittwochs von 14Uhr bis 17 Uhr geöffnet.



WIDERSTAND gegen TTIP und CETA!

Veranstaltung mit der stellvertretende Parteivorsitzende Caren Lay im Vogtland.

23.10.2014 - 18 Uhr

SEIEN SIE EINFACH NUR POLITISCH KORREKT!

Offener Brief der Kommunistischen Plattform an die Heute-Redaktion des ZDF

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 8. September 2014 war in der ZDF-Heute-Sendung um 19.00 Uhr Ungeheuerliches zu sehen: Angehörige des ukrainischen Freiwilligenbataillons „Asow“ mit SS-Runen bzw. einem Hakenkreuz an ihren Stahlhelmen. Kommentar: „Freiwilligenbataillone aus nahezu jedem politischen Spektrum verstärken etwa die Regierungsseite.“

Wir haben es zu keinem Zeitpunkt für russische Propaganda gehalten, dass die Kiewer Putschregierung wesentlich durch Faschisten an die Macht gekommen ist und sich derer ebenso bedient, wie die ukrainischen Faschisten sich der mit ihresgleichen durchgesetzten Regierung bedienen. Gegebenenfalls droht der Rechte Sektor mit einem Marsch auf Kiew, während die Kommunistische Partei der Ukraine verboten werden soll und Jüdinnen und Juden das Land verstärkt verlassen.

Es ist ein unerhörter Skandal, ja es grenzt an ein politisches Verbrechen,

dass in vielen einflussreichen deutschen Medien die rechtsradikale und faschistische Unterstützung der sogenannten Antiterroroffensive der Kiewer Putschregierung so gut wie nicht problematisiert wird.

Die da im Namen Banderas „Ruhm der Ukraine. Ehre der Ukraine.“ brüllen, und mordend durch die Lande ziehen, sind die politischen Enkel und Urenkel jener ukrainischen Faschisten, die mit den deutschen Okkupanten gemeinsame Sache machten und sich als Judenschlächter hervortaten - auch in Babi Jar. Und manche der Söhne, Enkel und Urenkel jener Okkupanten verbreiten heute abgrundtiefen Hass gegen Russland und behandeln den Rechten Sektor bestenfalls wie ein Kavaliersdelikt. Und die deutsche Regierung verhält sich kaum besser.

Es geht, wie stets in der Politik, um Interessen. Natürlich auch um russische. Glauvt man so manchem Journalisten, so sind die russischen Interessen per se illegitim und dem Westen geht es nur um das Wohlergehen des ukraini-

schen Volkes. Ohnehin haben die NATO und insonderheit die USA nie etwas anderes im Sinn, als das Wohlergehen der Menschheit. Zu dieser Sichtweise wollen wir uns hier jedoch nicht weiter äußern.

Uns geht es mit diesem Offenen Brief nur um eines: Problematisieren Sie die faschistische Gefahr in der Ukraine. Schreien Sie auf, wenn da welche mit SS-Runen und Hakenkreuzen an ihren Stahlhelmen Bürgerkriegspartei sind. Seien Sie einfach nur politisch korrekt.

Bundessprecherrat der KPF

Anm. d. Red.:

*Betreff: Tagesthemen vom 8.9.2014
Bitte schaut Euch einen Ausschnitt dieser Heute-Sendung an - ab zweite Minute, nur etwa 30 Sekunden:*

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2234384/ZDF-heute-Sendung-vom-08.-September-2014#/beitrag/video/2234384/ZDF-heute-Sendung-vom-08.-September-2014>

IM LETZTEN JAHR DER DDR

Schon wieder ein Jahrestag im Mega-Erinnerungsjahr 2014. Vor 25 Jahren begann, versuchte die DDR einen demokratisch-sozialistischen Neuanfang und endete in der kapitalistischen deutschen Einheit. Was geschah mit der sozialistischen Alternative auf deutschen Boden, die anspruchsvoll und belastet begann und in einem basisdemokratischen Aufblühen Opfer einer von der Mehrheit der eigenen Bevölkerung gewollten feindlichen Übernahme unterging?

Im November 1989 scheiterte die realsozialistische Macht des Politbüros unter dem Druck der Bürgerbewegungen und der SED-Opposition. Es gab die kurze, wohl schon aussichtslose Chance des 41. Jahres der DDR für einen demokratisch-sozialistischen Neuanfang. Nicht die Deutsche Einheit, gar eine „Wiedervereinigung“ unter bundesdeutscher Ägide, sondern die Verwirklichung eines Sozialismus neuer, demokratischer Art sollte er-

folgen. Das war die Erwartung von nicht wenigen Bürgerbewegten, Reformern, vielen Bürgern. Das scheiterte an der Schwäche der linken Kräfte, am Zerfall des Ostblocks und der Sowjetunion und an der massiven Einflussnahme der BRD. Vor allem hatte die andere Seite die stärkeren Argumente: Die harte DM, eine funktionierende Wirtschaft, eine vermeintlich unantastbare Sozialpolitik. Der Sieg im Kalten Krieg war so leicht möglich.



Dieses letzte Jahr der DDR mit seiner Basisdemokratie, einer politisierten Gesellschaft, einer sich reformierenden kommunistischen Partei schien jene Erwartungen und Hoffnungen wiederzubeleben, die nach der Befreiung vom Faschismus Antifaschisten unterschiedlicher politischer Herkunft für ein neues Deutschland motiviert hatten. Diese doppelte Erfahrung - und auch die Erfahrung ihrer Enteignung einst durch die Besatzungsmächte in Ost und West und eine stalinistisch geprägte SED - wie nun durch das bundesdeutsche Sendungsbewusstsein des „Nun regieren wir“ gehört trotzdem der Linken, kann Kraftquell sein.

*Dr. Stefan Bollinger
Berlin, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei Die Linke*

REGELSATZ NOCH GRUNDGESETZ-KONFORM?

Aus dem Konsumverhalten von Rentnern auf die zur Lebenshaltung notwendigen Aufwendungen jüngerer Männer schließen zu können, ist weder logisch erklärbar noch wissenschaftlich nachweisbar. Im Gegenteil liegen genug Erkenntnisse auch wissenschaftlicher Institute vor, die das ausdrücklich verneinen und den Unterschied mit 20% geringeren Ausgaben bei den Rentnern auch noch beweisen können.

Auch Studenten sollen nach dem Willen der Regelsatzermittler ein vergleichbares Ausgabeverhalten wie arbeitsfähige Hilfebedürftige, also Langzeitarbeitslose haben. Also ist Mensaessen, selten eigene Haushaltsführung und der regelmäßige Besuch im „Hotel Mama“ die Lebensrealität der ALG-2-Empfänger?

Wer das ernsthaft annimmt, hat entweder ein gestörtes Verhältnis zur Realität oder sitzt in einem Bundesministerium. Jedenfalls geht das Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz davon aus und nimmt in die „Referenzgruppe“, die stellvertretend für alle „Bedürftige“ steht (also Arbeitsfähige Hilfebedürftige - d.h. über 15 und unter 65/67 Jahre alt) 38% Rentner und rund 19% Studenten auf, zusammen 57% und damit über die Hälfte. Diese „Haushalte“ zeichnen sich durch nachgewiesen abweichende und niedrigere Ausgaben gegenüber der eigentlichen Zielgruppe aus, machen also den Regelsatz „überschaubarer“ in seiner Höhe.

Allerdings benutzen, wenn man den aussagefähigen und korrekten Zahlen der Regelsatzermittler folgt, auch nur 87% der Bundesbürger Toilettenpapier. Wenn man das glaubt, kann man auch die durch Einkäufe bei der Tafel zum Teil drastisch reduzierten Lebensmittelaufwendungen als normal und für alle Deutschen üblich betrachten. Mir wird nur Bange, wenn das als grundgesetzkonform abgesehen wird.

Wolfgang Waitz - Auerbach

HARTZ IV

„derzeit noch verfassungsgemäß“?

Auf den ersten Blick entsetzt das Urteil der Bundesverfassungsrichter vom Juli 2014: Wie können Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes verfassungsgemäß sein, deren Höhe so vernunftwidrig ermittelt wurde (siehe Beitrag von Wolfgang Waitz in dieser Ausgabe)?

Aber auf den zweiten Blick macht das Urteil sogar Hoffnung: Es betont die zeitliche Einschränkung der angeblichen Verfassungsgemäßheit („derzeit noch“) und es enthält vor allem eine Reihe wichtiger Forderungen für die nächste Neuermittlung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Einige seien hier genannt:

Der Gesetzgeber darf keine Methode zur Ermittlung der Leistungen wählen, die existenzsichernde Bedarfe ausblendet, er muss die Berechnung fortwährend überprüfen und, falls erforderlich, diese weiterentwickeln.

Entscheidet sich der Gesetzgeber bei der Berechnung des Regelbedarfs für ein Statistikmodell, muss er Vorkehrungen gegen Risiken treffen, die Folge dieser Methode sein können. Als Pauschalbetrag gewährte Leistungen müssen entweder insgesamt den finanziellen Spielraum sichern, um Unterdeckungen bei einzelnen Bedarfen ausgleichen oder Mittel für größere Anschaffungen ansparen zu können, oder es muss ein anderweitiger Ausgleich für solche Unterdeckungen bestehen.

Bei ungedeckten Bedarfen darf nicht auf Mittel zur Teilnahme am sozialen, kulturellen und politischen Leben verwiesen werden, denn diese gehören zum verfassungsrechtlich geschützten Existenzminimum, welches der Staat sicherzustellen hat.

Aus der Verbrauchsstatistik dürfen nachträglich zwar einzelne Positionen herausgenommen werden - derzeit werden nur 72% bis 78 % der in der Statistik erfassten Konsumausgaben (der unteren 15 % der Bevölkerung) als existenzsichernd anerkannt, sollten sich allerdings Zweifel an der tatsächlichen Deckung existenzieller Bedarfe ergeben, kann der Gesetzge-

ber geeignete Nacherhebungen vornehmen. Das gilt beispielsweise für Haushaltstrom, hier ist der Gesetzgeber verpflichtet (!), im Falle außergewöhnlicher Preissteigerungen die Berechnung bereits vor der regelmäßigen Fortschreibung anzupassen!

Das gilt auch für Mobilitätsbedarf: der Gesetzgeber muss zwar nicht ein Kraftfahrzeug als existenzsichernd berücksichtigen, er hat aber sicherzustellen, „dass der existenznotwendige Mobilitätsbedarf künftig tatsächlich gedeckt werden kann.“ (Originalton des Bundesverfassungsgerichts).

Außerdem „muss eine Unterdeckung beim Bedarf an langlebigen Gütern (wie Kühlschrank oder Waschmaschine), für die derzeit nur ein geringer monatlicher Betrag eingestellt wird, durch die Sozialgerichte verhindert werden, indem sie die bestehenden Regelungen über einmalige Zuschüsse neben dem Regelbedarf verfassungskonform auslegen. Fehlt diese Möglichkeit, muss der Gesetzgeber einen existenzsichernden Anspruch schaffen.“ (ebenfalls OT des Bundesverfassungsgerichts).

Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabeangebots (monatlich 10 € für Mitgliedschaft in Vereinen o.ä.) müssen ohne weitere Kosten für die Bedürftigen erreichbar sein. Deswegen ist die neu geschaffene Ermessensregelung zur Fahrtkostenerstattung als Anspruch auszulegen.

Bei der Fortschreibung der Regelbedarfe in den Jahren ohne Neuermittlung muss die Preisentwicklung stärker gewichtet werden, weil besonders bei den Leistungen zur Deckung des physischen Existenzminimums deren realer Wert zu sichern ist.

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach

„VOM HIMMEL HOCH, DA KOMM ICH HER...“

Dröhnen bald Drohnen über dem „stillen Don“?

Deutsche gar drohend über der „EU“-abtrünnigen Ostukraine? So ist es aus der Zeitung zu erfahren. Natürlich zunächst nur zur „Überwachung“. Wollen doch mal schauen, was noch übrig geblieben ist von den einst blühenden Millionenstädten wie Donezk oder Lugansk nach der gnadenlosen Bombardierung durch die eigene Kiewer Regierung - mit Waffenhilfe durch EU und NATO. Führt doch letztere nicht zufällig gerade eine große Militärübung durch, manövriert eben genau an der Grenze des ausgemachten Feindes Russland.

Drohnen für den Frieden? Welchen Frieden eigentlich, und wo ist der eigentlich gewollt? Und warum ausgerechnet deutsche Drohnen? Nach einem guten Dutzend deutscher Kriegseinsätze in aller Welt - im Verbund mit NATO und folgsam unterwürfig gegenüber der US-Weltmacht-Anspruchspolitik. Ebenso aber auch deutschen politischen und Wirtschaftsinteressen geschuldet.

Jetzt also die Ukraine. Nun gut, mal ketzerisch gesagt: Seit immerhin nunmehr rund 70 Jahren kein deutscher Soldatenstiefel mehr da auf dem Boden am „stillen Don“. Wird es halt Zeit, diesmal eben „von oben“.

Was eigentlich indes haben sie gebracht, diese Kriegseinsätze, angeblich für mehr Demokratie und Menschenrechte - von den Profiten

der Waffenhändler mal abgesehen. Unter solchem Aspekt und politischen Machtinteressen angezettelt mit bewussten Lügen - siehe Irak, Afghanistan, Libyen und wo immer sonst. Zerstörte Länder, Millionen tote Zivilisten, Elend und Not auch heute noch. Und eben dies noch derzeit wieder im Nahen Osten, wo US-Bomber das von ihnen verursachte menschliche Chaos gegen den doch selbst geschaffenen islamistischen Feind bereinigen wollen. Brandstifter sind nun einmal nicht zum Feuerwehrmann geeignet.

Deutschland übrigens ist immerhin der wohl inzwischen drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Vorrangig Saudi-Arabien und der dortige Raum, eben jene vom Grundgesetz davon ausgeschlossene Krisengebiete, die davon profitieren. Aber wenn 's ums Geld geht, den Profit...

Ach ja, hatte da nicht gerade unsere Kanzlerin den Emir von Katar empfangen? Sie wissen schon, jenen reichen Zwergstaat da am Persischen Golf. Eben da, wo 2020 die Fußball-WM stattfinden soll. Weltweit richtet sich inzwischen der Protest gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen dort, die daraufhin jämmerlich verreckten Arbeitsklaven. Und die angeblich „sehr deutliche Kritik“ der Kanzlerin daran dürfte sich wohl eher auf ein schelmisches „Du-Du!“ mit dem zarten erhobenen Zeigefinger beschränkt haben. Ging es ja wohl um

Wichtigeres - Wirtschafts- und Profitinteressen. Warum also nicht auch den „Vorrang von Arbeitsplätzen“ angeblich beim Waffenexport. Was schert uns fremdes Elend?

Und über all dem natürlich schwebt er, unser „Friedensengel“, der selbsternannte. Der „Politgauckler“, der all seine christlichen Botschaften inzwischen längst über Bord geworfen hat. Seinem Machtstreben gefolgt schließlich gar zu der Erleuchtung kam: Noch mehr deutsche Beteiligung an Kriegseinsätzen, wo immer auch auf der Welt. Wie war das noch mit dem „Schwelter zu Pflugscharen“? Und so verstehe ich die vielen Leserzuschriften zum Thema wie auch die Demo vor dem Amtssitz des Bundespräsidenten mit der Losung „Gewehre sind keine Alternative“. Ich widme ihm eine Erkenntnis von Erich Kästner, der 1929 zu solcher Erkenntnis kam:

„Ein Pastor, der in der Heimat klebte, sagte seinerzeit ungefähr: „Wenn unser Herr Jesus heute lebte, bediente er ein Maschinengewehr!“ Kann keiner des Pastors Adresse besorgen? Weiß sie denn niemand? Wo wohnt der Mann? Wenn ich es wüsste - ich führe noch morgen zu ihm und böte ihm Ohrfeigen an.“ Wünschte ich mir da doch lieber im Sinne von Kurt Tucholsky ein „Deutschland, Deutschland unter anderen...“

Jürgen Böhm - Schöneck

DE META UN DE BAUSTELLEN

Ne Donnerstooch frieh, als des Scheißwetter endlich besser worn woar, da is de Meta glei miet dr Vuchtlandbahn nei de Plausche Stadt ze iehrer Freindin, de Neideteiteln gefahrn. Die zwee hamm siech widder e moll im scheenen Café „Traube“ getroffen un getraatscht.

„Nu, woas gibbs denn neies in Plaue?“ Froocht de Meta. „Reed miech net aa“, soocht de Neideteiteln, „De Laune vun mein Altn wird egal mieser.“ Doo werd de Meta neigierisch un will alles wissn. „Es gibbt in Plaue ball kaa Strooß mehr, wo de ordentlich fahrn kast. Ze alln lebfluss sperrn se itze aa noch de Zufahrt zar Autobahn“.

Drauf de Meta: „Woas machtn doo dei Alter, der muss doch als Klemptarnaaster immr schnell ze de Leit kumme, wenn se ne aarufn tunne weils eilisch is?“

„Ja, Meta, Heit frieh isser miet nen Pferhänger naus auf der Derfer gefahrn un will siech e Pfer kaafen, weilar dodarmit durch de Baustellen schneller ze de Leit kimmt als miet nen Auto. Unnern scheenen alten VauWee schafft dar morgn nauf off Reith zen Schrottmeier un de Garasch wird dar neie Pferstall“, soocht de Neideteiteln.

Do schittlt mei Meta ner miet ne Kopf un soocht: „Dar alte Otto Reuther ausn PreiBischen Berlin hott schaa vor neinzisch Goarn in nen lustischn Cuplé gesunge: „Ick wunder mir über gar nischt mehr“!“

Dieter Riedler - Leubnitz

WIRD SACHSEN DIE ATOMSCHUTT-DEPONIE DEUTSCHLANDS?

Seit 24 Jahren hat sich noch kein Großkonzern gewogen gefühlt, seine Zentrale aus dem Mutterland in die annektierte Provinz zu verlegen. Warum sollte er auch. Alle 1990 noch bestehenden Großbetriebe des Osten wurden entweder gleich von der Treuhand liquidiert oder nach und nach von einem Investor oder „Finanzgruppe“ zur anderen hin und her spekuliert, bis sie nach stetem Personalabbau ganz von der Bildfläche verschwunden sind.

Jetzt soll diese Art von „Wiedervereinigung des deutschen Vaterlandes“ weitergehen. Den Atomschutt, der bei dem Abbau der Atomkraftwerke im Mutterland anfällt und den dort keiner haben will, dürfen großzügigerweise die ostdeutschen Provinzler entsorgen. Vorreiter für die Deponierung ist - wie schon so oft - der Freistaat Sachsen, der sich mit seinem überdimensionierten und defizitären Abfallentsorgungsanlagen anbietet und dem zu erwartenden Geldsegen wohlwollend entgegenseht. Hat doch schon der Elektrogroßkonzern EON für die Entsorgung seine sechs Atomkraftwerke 16 Milliarden Euro auf die hohe Kante gelegt. Was interessieren die Sorgen und Ängste der Anwohner, wenn es ums Geld geht.

Man hört schon, wie die Deponiebetreiber erwartungsvoll mit den Hufen scharren und sich die Hände reiben! Kommt jetzt der neue „Aufschwung Ost“ auch für die Deponie Schneidembach und das Fredo - Georgi - Mausoleum (Abfallaufbereitungsanlage Oelsnitz)? Die zu allem ja sagenden CDU-Vasallen in Dresden sitzen ja wieder fünf Jahre fest im Sattel. Prost Mahlzeit!

Lutz Dietrich - Rosenbach

EINLADUNG ZUR KREISMITGLIEDER-VERSAMMLUNG

25.10.2014 · 10 Uhr

Hotel Falkenstein, Amtsstr. 1,
08223 Falkenstein

u.a.

Wahl Delegierte/r
Landesparteiage

Wahl Delegierte/r Landesrat
2015/2016

WER WAR MAX HOELZ WIRKLICH?

Einladung

Zur Vorstellung der neuesten Hoelz-Biografie „Max Hoelz Biografie einer Zukunft“.

Der Leipziger Autor Norbert Marohn (62) hat viele Archive durchforstet, viel neues Material gefunden und in Zusammenarbeit mit Heimat-historikern ein interessantes, lesenswertes Buch geschrieben. Dieses neue Werk, welches im Lychatz Verlag Leipzig erscheint, wird er am

14. Oktober 2014, um 18.00 Uhr

im Freizeitzentrum „Freizi“ Falkenstein/V., Willy-Rudert-Platz (im Rathaus), vorstellen. Geschichts- und Literatur-Interessierte sind dazu herzlich eingeladen.

Freundeskreis Max Hoelz e.V.

INTERESSANT ?!

Das Friedensforschungsinstitut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) veröffentlichte die Rüstungsausgaben für das Jahr 2013 (in Dollar):

Deut.+England+Frankreich 168 Mrd
NATO Europa 286 Mrd
USA 640 Mrd
NATO gesamt 945 Mrd
Russland 88 Mrd
Glaubst Du, die Russen wollen Krieg?

(Quelle: „Die Anstalt“, ZDF-Sendung am 23.09.2014)

WIR GRATULIEREN

Allen Leserinnen und Lesern, die im Oktober einen Geburtstag begehen können. Besondere Grüße an die Jubilare mit einem „Runden“ oder über 80 Lebensjahren:

Sonja Schulz	Klingenthal	01.
Herbert Szogs	Auerbach	01.
Waltraud Kulla	Lengsfeld	05.
Lars Legath	Plauen	05.
Edith Pauli	Reichenbach	05.
Ilse Herzog	Netzschkau	07.
Manfred Zucker	Reichenbach	08.
Karin Höfer	Reichenbach	10.
Marianne Steudel	Treuen	12.
Liane Winkler	Adorf/V.	17.
J. Winter	Gottesberg	18.
A. Reißaus	Plauen	24.
Werner Müller	Zwota	27.
Marianne Ernst	Treuen	28.
Sieglinde Lindner	Klingenthal	28.
Rene Reuter	Klingenthal	29.
W. Schmidt	Rößnitz	29.

Wir wünschen allen eine stabile Gesundheit, schöne Geburtstagsgeschenke und viel Freude im Kreis der Familie und der Freunde.

Der Vogtlandbote

In der Kreisgeschäftsstelle gibt es derzeit eine Menge Bücher die gegen Spende abgegeben sind.

Einfach mal stöbern!

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25.09.2014, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 17.10.2014. Die nächste Ausgabe erscheint am 03.11.2014. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.